

15. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG
105. Sitzung, Mittwoch, 23. Juli 2014, 10:00 Uhr

TOP 1

„Wir brauchen dauerhaft mehr Geld für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur – wo bleiben die Konzepte von Grün-Rot?“

Rede von

Nicole Razavi MdL

Verkehrspolitische Sprecherin CDU-Landtagsfraktion

Es gilt das gesprochene Wort

Abg. Nicole Razavi CDU:

Herr Präsident,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich fange an mit zwei Zitaten aus der FDP/DVP-Fraktion. Herr Haußmann sagte am 18. April 2012:

„Wir plädieren für die Einführung einer Autobahnvignette bei gleichzeitiger Reform der Kfz-Steuer“

Und Herr Bullinger sagte 2007:

„Es darf allerdings – das ist klar – nicht zu einer Mehrbelastung der Autofahrer kommen.“

Ich habe ein bisschen das Gefühl, dass wir eine Debatte führen, die zeigen soll, dass die FDP, der alte Holzmichel, irgendwie noch lebt.

Klar ist, dass wir eine leistungsfähige Infrastruktur brauchen, denn sie ist der Lebensnerv unseres Landes. Und der Stellenwert dafür in Politik und Gesellschaft muss deutlich besser werden. Die Bundesregierung hat das erkannt. Ich zitiere aus dem Koalitionsvertrag:

„Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für die persönliche Freiheit, gesellschaftliche Teilhabe sowie für Wohlstand und Wirtschaftswachstum.“

Das haben SPD, CDU und CSU unterschrieben.

Das gilt für Baden-Württemberg, meine Damen und Herren, noch viel mehr als für andere Bundesländer. Alle Parteien, wir alle sind uns einig, dass wir mehr Geld für den Erhalt brauchen. Aber dort, wo notwendig, müssen eben auch neue Straßen gebaut werden. Das haben zumindest drei von vier Fraktionen hier im Saal verstanden.

Die Problemlage ist also klar: Wir brauchen insgesamt und vor allem dauerhaft mehr Geld für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur, insbesondere für Baden-Württemberg.

Dort, wo das Geld verdient wird, und dort, wo die Menschen im Stau stehen, muss es auch mehr Geld geben. Es ist also höchste Zeit zum Handeln, und es ist höchste Zeit für Taten statt Worte.

Was tut die Bundesregierung? Sie handelt. Sie hat die Lkw-Maut ausgeweitet und hat sie, dem Ansinnen der Wirtschaft nachkommend, auch angepasst. Sie hat die Bundesmittel für die Verkehrsinfrastruktur substanziell erhöht auf 5 Milliarden Euro in der Legislaturperiode. Nicht verbrauchte Investitionsmittel können überjährig übertragen werden, und zwar ungekürzt. Die wechselseitige Deckungsfähigkeit zwischen den Verkehrsträgern ist gewährleistet. Trotzdem – das sage ich ganz deutlich – hätten wir uns mehr gewünscht. Das war aber leider mit der SPD nicht zu machen, denn sie musste sich das Ja ihrer Mitglieder zum Koalitionsvertrag mit der CDU mit hohen zusätzlichen Sozialausgaben erkaufen.

Was tut die Landesregierung? Grün und Rot tun angesichts ihrer Möglichkeiten viel zu wenig. Dafür kritisiert sie zu viel. Trotz Rekordsteuereinnahmen wird aus Landesmitteln nicht mehr für die Verkehrsinfrastruktur getan. Viel zu viel Zeit und Energie wird vergeudet für irrelevante Priorisierungslisten. Gelder, die uns zustehen, werden in Berlin nicht abgerufen.

Statt ein eigenes Konzept vorzulegen, sind Grüne und SPD auch beim Thema der Infrastrukturfinanzierung völlig uneins. Die Grünen träumen von der Weltraummaut, und die SPD gefällt sich in der Rolle des trotztigen Totalverweigerers, und zwar sogar gegen die eigene Partei im Bund. Der Bundesverkehrsminister hat jetzt das getan, was CDU, CSU und SPD ihm aufgetragen haben: Er hat ein Konzept für die Pkw-Maut vorgelegt.

Wir sagen ganz klar: Das ist ein Schritt in die richtige Richtung, weil mehr Geld zur Verfügung steht. Wir sagen aber ebenso offen: Der Weg, den die CSU hier vorgeschlagen hat, ist für die CDU-Fraktion in Baden-Württemberg problematisch. Problematisch, weil europarechtlich unklar, weil die Ausweitung auf kommunale und Landesstraßen gerade aus baden-württembergischer Sicht problematisch ist – das steht übrigens auch nicht im Koalitionsvertrag –, weil die Länder und Kommunen zu Recht einen Anspruch auf einen Anteil der Einnahmen stellen, weil unklar ist, wie die Entlastung der Autofahrer umgesetzt werden soll und weil jetzt schon über so viele Ausnahmen diskutiert wird, dass das Ganze eigentlich zum Scheitern verurteilt ist. Das heißt, wir sind also alles andere als glücklich damit, und wir fürchten, dass die CSU damit eine große und wichtige Chance vertan hat, den Systemwechsel bei der Infrastrukturfinanzierung durchzusetzen.

Die Haltung der CDU in Baden-Württemberg und dieser Fraktion war dagegen immer klar. Wir müssen weg von der Finanzierung nach Kassenlage. Deswegen waren wir immer grundsätzlich für die Einführung einer Pkw-Maut für alle, und zwar ausschließlich auf Autobahnen und einigen Bundesstraßen. Sie muss zweckgebunden sein – das haben wir immer gesagt –, sie muss über eine eigene Finanzierungsgesellschaft laufen, und wir plädieren weiterhin für den Einstieg über die Vignette, weil sie schnell umzusetzen ist, weil sie günstig ist und vor allem, weil sie Ausweichverkehr verhindert, auch wenn sie nicht in allen Punkten hundertprozentig gerecht sein mag.

Aber ich sage Ihnen auch: Mir ist der Spatz in der Hand lieber als die Taube auf dem Dach, und da sitzt sie eben schon seit Jahrzehnten. Wir könnten übrigens, Herr Schmiedel, wenn Sie sich jetzt so aufregen, schon viel weiter sein. Denn 2005 hat das Land Baden-Württemberg in der Verkehrsministerkonferenz den Antrag auf Einführung einer Probe-phase gestellt. Diese wurde von SPD und Grünen abgelehnt.

Warum sind wir für die Maut? Weil wir gelernt haben, dass eine dauerhafte Erhöhung der Haushaltsmittel nicht möglich ist. Daran glauben wir nicht mehr. Die SPD hat es ja in Berlin gerade jetzt verhindert. Aber die SPD, Herr Schmiedel, trägt auch die Verantwortung dafür, dass die Einnahmen immer wieder über viele, viele Jahre zweckentfremdet wurden.

Es ist schon richtig, dass Sie sagen und dass wir auch sagen, dass der Autofahrer schon relativ viel Geld zahlt. Aber wenn die SPD damit ihre Ablehnung der Maut begründet, Herr Schmiedel, dann ist das wirklich ein Witz. Schauen wir doch einmal genau hin. Es war doch Ihre rot-grüne Bundesregierung, Herr Schmiedel, und es waren die früheren SPD-Verkehrsminister, die in die Verkehrskasse gegriffen haben und Geld aus dem System zweckentfremdet haben. Ich nenne nur zwei Stichworte: Ökosteuer für die Pflege und Rasen für die Rente. Es war ebenso die rot-grüne Bundesregierung, die mit der Einführung der Lkw-Maut den Verkehrshaushalt genau um diese Summe der Einnahmen abgesenkt hat. Das war ein übler Taschenspielertrick, und erst Schwarz-Gelb hat dies wieder geheilt. Jetzt tragen Sie im Bund mit Verantwortung. Im Bund trägt die SPD die Pkw-Maut mit – und hier im Land Totalverweigerung.

Und die Grünen? Die widersprechen sich gegenseitig. Hier fordern Sie vom Bund mehr Geld, und im Bundestag lehnen die grünen Schwestern und Brüder eine zusätzliche Milliarde Euro in der letzten Legislaturperiode ab.

Hier im Land fordern der Ministerpräsident und sein Verkehrsminister mehrfach die Satellitenmaut, sogar europaweit, und auch der Datenschutz soll noch gewährleistet sein. Wie das geht, sagt er nicht. Aber interessant ist der Rüffel aus Berlin. Der kommt sofort, denn die Grünen im Bund lehnen die Pkw-Maut ab. Jürgen Trittin im August 2013 – ich zitiere –: „Grüne sind gegen eine Pkw-Maut. Nur weil der baden-württembergische Verkehrsminister meint, Geld zu brauchen, zocken wir nicht die Autofahrer ab.“

Also, meine Damen und Herren, Wertschätzung für unseren Verkehrsminister sieht wirklich anders aus.

Dieses grüne Wolkenkuckucksheim ist eh ein bisschen wie in Schönheit sterben, etwas für echte Weltverbesserer, aber halt ziemlich wirklichkeitsfremd, so kompliziert und aufwendig, dass die Umsetzung noch viele Jahre dauern würde. Wir würden also wieder auf mehrere Hundert Millionen Euro verzichten – vom Datenschutz in Zeiten der NSA-Skandale ganz zu schweigen. Und was sagt uns der Verkehrsminister Hermann am 14. Juli 2014 auf der Homepage www.winnehermann.de – ich zitiere –:

„Selbst wenn am Ende 600 Millionen Euro mehr in die Kasse kämen, stünde diesen Einnahmen die Summe von 7,2 Milliarden Euro für die erforderlichen Erhaltungsmaßnahmen gegenüber.“ Herr Minister, was soll das denn heißen? Soll das denn heißen, auf das bisschen können wir dann auch noch voll verzichten? Aber ich sage Ihnen klar: Das passt zu Ihnen. Dass Sie auf ein paar Milliönchen gern verzichten, das haben wir ja jetzt schon ein paar Mal erlebt.

Mit den trotzigsten Totalverweigerern der SPD und den grünen Weltverbesserern kommen wir wirklich nicht weiter. Sie kritisieren alles, aber Sie liefern keine eigenen realistischen Konzepte. Das reicht nicht.

Helmut Kohl hat einmal gesagt:

„Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.“

Hier im Land versteht kein Mensch, warum das, was in anderen Ländern funktioniert, bei uns nicht funktionieren soll. Kein Mensch versteht, warum eine so große Volkswirtschaft wie die deutsche nicht in der Lage ist, ihre Infrastruktur in Schuss zu halten. Stattdessen

führen wir über Jahrzehnte eine typisch deutsche Diskussion mit allen Bedenken über den gerechtesten Weg und nehmen dabei in Kauf, dass die Infrastruktur verrottet. Das ist unverantwortlich. Ich appelliere an die SPD, die mit uns in Berlin eine Koalition eingegangen ist: Geben Sie sich einen Ruck, sodass wir bei diesem Thema endlich weiter-kommen.